

Niederschrift

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (öffentlich)

Sitzungstermin: Freitag, 25.03.2022
Sitzungsbeginn: 16:35 Uhr
Sitzungsende: 21:25 Uhr
Ort, Raum: Evangeliumshalle Wehrda, Oberweg 60, 35041 Marburg

Anwesend

Vorsitz

Dr. Elke Neuwohner - B90/Die Grünen	
-------------------------------------	--

reguläre Mitglieder

Hermann Heck - CDU	
Marco Nezi - B90/Die Grünen	
Thorsten Büchner - SPD	
Tanja Bauder-Wöhr - Marburger Linke	
Isabella Aberle - Klimaliste Marburg	
Dirk Bamberger - CDU	
Jelena Noe - CDU	
Walter Jugel - CDU	
Winfried Kissel - CDU	
Phillip Knaack - CDU	
Lars Küllmer - CDU	
Roger Pfalz - CDU	
Heiko Schäfer - CDU	
Karin Schaffner - CDU	
Jens Seipp - CDU	
Birgit von Barga - CDU	
Jan von Ploetz - CDU	

Lisa Deißler - FDP	
Michael Selinka - FDP	
Lena Frewer - B90/Die Grünen	
Dr. Payam Katebini - B90/Die Grünen	ab TOP 9
Marion Messik - B90/Die Grünen	
Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen	
Lukas Ramsaier - B90/Die Grünen	
Katharina Rink - B90/Die Grünen	
Martina Rupp - B90/Die Grünen	
Christian Schmidt - B90/Die Grünen	
Madelaine Stahl - B90/Die Grünen	
Uwe Volz - B90/Die Grünen	
Karen von Rüden - B90/Die Grünen	
Maximilian Walz - B90/Die Grünen	
Liban Abdirahman Farah - SPD	
Fatma Aydin - SPD	
Felix Burghardt - SPD	
Asmah El-Shabassy - SPD	
Schaker Hussein - SPD	
Alexandra Klusmann - SPD	
Erika Lotz-Halilovic - SPD	
Dr. Mohammad Malmanesh - SPD	
Steffen Rink - SPD	
Gerald Weidemann - SPD	
Jens Womelsdorf - SPD	
Roland Böhm - Marburger Linke	
Miguel Angel Sánchez Arvelo - Marburger Linke	
Inge Sturm - Marburger Linke	
Mariele Sofi Diehl - Klimaliste Marburg	
Salomon Lips - Klimaliste Marburg	
Maik Schöniger - Klimaliste Marburg	
Matthias Pozzi - AfD	

Magistratsmitglieder

Dr. Thomas Spies - SPD	
Nadine Bernshausen - B90/Die Grünen	
Kirsten Dinnebier - SPD	
Hans-Werner Seitz - B90/Die Grünen	
Roland Stürmer - B90/Die Grünen	

Christoph Ditschler - FDP	
Lea Doobe - Klimaliste Marburg	
Anne Oppermann - CDU	
Marina Siffermann-Gorr - CDU	
Ulrich Severin - SPD	
Sevim Yüzgülen - SPD	

Protokollführung

Lothar Sprenger -	
-------------------	--

Abwesend

reguläre Mitglieder

Myriam Hövel - SPD	entschuldigt
Matthias Simon - SPD	entschuldigt
Renate Bastian - Marburger Linke	entschuldigt
Anja Meier-Lercher - Marburger Linke	entschuldigt
Jan Schalauske - Marburger Linke	entschuldigt
Roland Frese - BfM	entschuldigt
Andrea Suntheim-Pichler - BfM	entschuldigt
Dr. Michael Weber - Piratenpartei	entschuldigt
Dietmar Göttling - B90/Die Grünen	entschuldigt

Magistratsmitglieder

Alev Lassmann - B90/Die Grünen	entschuldigt
Henning Köster-Sollwedel - Marburger Linke	entschuldigt
Marianne Wölk - SPD	entschuldigt

Protokoll

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Elke Neuwohner eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt die form- und fristgerechte Ladung zu der heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest. Einwände dagegen werden nicht erhoben.

Im Anschluss trägt die Stadtverordnetenvorsteherin die Tagesordnung (TO) für die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vor unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Vorbereitungen in den Ausschüssen und der im Ältestenrat getroffenen Absprachen.

Es liegt ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von Klimaliste Marburg, B90/Die Grünen und SPD vor, der jedoch nicht das für die Aufnahme auf die TO nach § 58 Abs. 2 Hessische Gemeindeordnung (HGO) erforderliche Quorum erhält. Protokollierung siehe unter TOP 1.1.

Zum TOP 14.9 – Antrag der Fraktion Marburger Linke, der Piratenpartei und des StV. Götting betr. Schutz der Lahnauen stellt der Stadtverordnete Schmidt den Geschäftsordnungsantrag, diesen für erledigt zu erklären. Gegen den Antrag auf Erledigterklärung spricht die Stadtverordnete Bauder-Wöhr.

Anschließend lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen mit folgendem Ergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg

Nein-Stimmen: CDU/FDP, Marburger Linke, AfD

Enthaltungen: keine

Der Antrag ist damit für erledigt erklärt.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

Anmerkung:

Wegen der Anwesenheit der Vertreter*innen des Kinder- und Jugendparlaments werden die Tagesordnungspunkte 12.1 – 12.3 vorgezogen und unmittelbar nach Durchführung der Wahlen aufgerufen. Im Anschluss folgen die Tagesordnungspunkte, zu denen Aussprache angemeldet

ist (TOP 9, 14.12, 14.16 und 14.28). Die Reihenfolge und Nummerierung der Tagesordnungspunkte in der Niederschrift bleibt davon unberührt.

Von 17:39 Uhr bis 18:00 Uhr und von 19:10 Uhr bis 19:28 Uhr war die Sitzung für Kurzpausen unterbrochen. Von 19:28 Uhr (TOP 14.12) bis 21:05 Uhr (TOP 14.28) hat der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Heck die Sitzungsleitung inne.

zu 1.1 Dringlicher Antrag der Fraktionen Klimaliste Marburg, B90/Die Grünen und SPD betr.: Wechsel zu nicht-fossiler Energieversorgung im Marburg beschleunigen – Energieversorgung nachhaltig sichern
VO/0642/2022

Die Dringlichkeit des Antrages begründet der Stadtverordnete Schöniger, anschließend spricht die Bürgermeisterin zur Sache. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Seipp.

Nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin stimmen die Fraktionen von B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke und Klimaliste Marburg für die Dringlichkeit des Antrages. Das für die Aufnahme auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung nach § 58 Abs. 2 HGO erforderliche Quorum von 2/3 der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung ist damit nicht erreicht. Der Antrag wird nicht auf die TO der heutigen Sitzung genommen.

Die Antragsteller geben den Antrag daraufhin in das Verfahren. Er soll zur Vorberatung dem Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Energie zugewiesen werden.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.02.2022

Die Niederschrift ist allen Mitgliedern mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungen werden nicht gewünscht. Sie gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

zu 3 Fragestunde

Die zur Fragestunde eingereichten kleinen Anfragen Nr. 1 bis 15 sowie einzelne Nachfragen werden durch die zuständigen Dezernenten wie folgt beantwortet:

Kleine Anfrage Nr. 01

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. März 2022

Fragesteller*in:	Lisa Deißler
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Beabsichtigt die Stadt Marburg die Schrankenanlage zu den beiden Parkdecks an der Käthe-Kollwitz-Schule zu reparieren? Falls ja, wann und falls nicht, warum nicht?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 65 - Hochbau
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Eine Reparatur ist nicht beabsichtigt. Es gibt keinen Schulparkplatz in Marburg der über eine solche Schrankenanlage verfügt. Eine Reparaturkosten würden ca. 25.000 € betragen und ebenfalls Kosten für die Wartung und Reparatur nach sich ziehen.

Die Thematik wurde im Januar 2021 zwischen dem damaligen Bürgermeister Wieland Stötzel und dem Fachdienst Hochbau besprochen und entschieden, dass aus den genannten Gründen keine Reparatur erfolgt.

Kirsten Dinnebier

Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 02

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. März 2022

Fragesteller*in:	Lisa Deißler
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Auf welcher Rechtsgrundlage beruht es, dass zwei verbliebenen Weihnachtsmarktstände noch bis Mitte Februar auf dem Marktplatz standen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 32 - Gefahrenabwehr und Gewerbe
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die hierfür gemäß § 16 Hessisches Straßengesetz notwendige Sondernutzungserlaubnis wurde den Standbetreibenden auf Antrag durch den Magistrat der Stadt Marburg erteilt.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 03

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. März 2022

Fragesteller*in:	Maximilian Walz
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Auf dem Anwesen 'An der Haustatt 8' in Marburg sind mindestens vier, nach Angaben von Anwohnern völlig vitale, große Bäume gefällt worden. Darunter eine Eiche mit Stammdurchmesser am Boden von ca. 70cm und 3 große Buchen. Ist dem Magistrat der Vorgang bekannt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 67 - Stadtgrün und Friedhöfe
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Der Vorgang ist dem Fachdienst Stadtgrün und Friedhöfe seit dem 07.02.2022 als Verstoß gegen die Satzung der Universitätsstadt Marburg über den Schutz von Bäumen (Baumschutzsatzung) vom 22.12.2003 bekannt.

Gegen den Verursacher befindet sich ein Ordnungswidrigkeitsverfahren in Vorbereitung. Festgestellt wurde die nicht genehmigte Fällung von geschützten Bäumen (1 Fichte, 1 Roteiche und

mehrere Hainbuchen).

Festgestellt wurde außerdem, dass die Fällungen bei entsprechender Beantragung teilweise genehmigungsfähig gewesen wären. Entsprechende Unterlagen liegen z.T. vor. Es wird im weiteren Verfahren zu prüfen sein, ob ggf. Ersatzpflanzungen vorzunehmen sind.

Nadine Bernshausen

Bürgermeisterin

Kleine Anfrage Nr. 04

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. März 2022

Fragesteller*in:	Matthias Pozzi
Fraktion / Partei:	AfD

Am Rathaus bzw. der Oberstadtwache stand bis zum Weihnachtsmarkt 2021 ein gut frequentierter Fahrradabstellständer. Der wurde erst durch eine Weihnachtsbude zugebaut (d.h. unbenutzbar gemacht), obwohl genügend Platz für die Bude war und dann final ganz entfernt. Wann wird diese zentrale Fahrradabstellmöglichkeit wieder installiert und wird man bei künftigen Weihnachtsmärkten auf den Abbau verzichten, da diese Abstellmöglichkeiten auch während der Weihnachtszeit gerade in Marburg dringend benötigt werden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Die drei Fahrradabstellanlagen auf dem Marktplatz wurden im Herbst 2020 zusammen mit den sieben Anlagen am Heumarkt errichtet. Ziel war die Schaffung von neuen Abstellmöglichkeiten in den Sommermonaten, wo auch der touristische Radverkehr am stärksten ist.

Da der Heumarkt und der Marktplatz seit vielen Jahren auch für den Weihnachtsmarkt genutzt werden, sind alle Anlagen in Bodenhülsen eingeschraubt, so dass ein problemloses Entfernen

über die Wintermonate möglich ist. Am Heumarkt ist dies in 2021 auch planmäßig erfolgt, auf dem Marktplatz wurde der Raum zunächst nicht benötigt, weshalb die Anlagen dort länger standen.

Mittlerweile sind wieder alle Anlagen aufgestellt, der nächste planmäßige Abbau würde im November 2022 erfolgen.

Wir werden aber noch einmal überprüfen, ob der Abbau vom Platzbedarf des Weihnachtsmarktes her wirklich zwingend notwendig ist. Ansonsten sollen die Fahrradständer auch in den Wintermonaten dort verbleiben.

Nadine Bernshausen

Bürgermeisterin

Kleine Anfrage Nr. 05

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. März 2022

Fragesteller*in:	Matthias Pozzi
Fraktion / Partei:	AfD

Ist der Stadt Marburg bekannt, wieviele Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr, THW, DRK, Johanniter, Malteser etc. in Marburg plus Stadtteilen in 2021 bei der Ausübung ihres Dienstes für die Allgemeinheit gestört bzw. tätlich angegriffen wurden und wenn ja, wie ist hier der Trend gegenüber den Vorjahren?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 3 - Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Brandschutz
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Im Jahr 2021 ist dem FD 37 keine Vorfälle gemeldet worden, bei denen die Feuerwehr in Ausübung ihres Dienstes gestört bzw. tätlich angegriffen worden ist.

Der letzte gemeldete Vorfall war eine Beleidigung aus dem Jahr 2015.

Das bedeutet nicht, dass es keine Vorfälle gegeben hat. Die Vorfälle sind nicht gemeldet und

registriert worden.

Somit kann auch keine Aussage über den Trend gemacht werden.

Über die Vorfälle bei anderen Behörden und Organisationen kann die Stadt Marburg keine Auskunft geben.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 06

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. März 2022

Fragesteller*in:	Dr. Christa Perabo
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, bei der Planung und Umsetzung von Spazier- und Freizeitwegen im Stadtgebiet (am Richtsberg, beim Trimm-Dich-Pfad Hansenhäuser, am Ortenberg, im Schlosspark usw.) die Bedarfe von blinden- und sehbehinderten sowie gehbehinderten Menschen in den Blick zu nehmen und deren jeweils spezifische Bedingungen der Barrierefreiheit zu berücksichtigen, in Kooperation mit den Vertretungen der Betroffenengruppen, den davon berührten Ortsteilen (Ortsvorsteher), dem Tiefbauamt usw.?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 67 - Stadtgrün und Friedhöfe
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Bei Neuplanungen und Sanierungen von Fußwegen werden altersgerechte und barrierefreie Gestaltungsregeln zu Grunde gelegt.

Größere Maßnahmen oder Maßnahmen an publikumsintensiven Stellen werden in dem sog. „Runden Tisch zu Verkehrsprojekten“ und „Runden Tisch Hochbau“ unter Federführung der Fachdienste Hochbau und Tiefbau gemeinsam mit den verschiedenen Behindertenvertretungen erörtert und möglichst einvernehmlichen Lösungen zugeführt.

Die Arbeitsgruppe kommt zwei Mal pro Jahr zur Besprechung von Hochbauprojekten und zwei Mal pro Jahr zur Besprechung von Tiefbau- bzw. Verkehrsprojekten zusammen. Beschäftigt wird sich bei den Zusammenkünften mit der barrierefreien Gestaltung öffentlich zugänglicher Gebäude und der Anlage öffentlicher Verkehrsflächen. Zum Teil handelt es sich um sehr einfache, leicht umzusetzende Maßnahmen, wie die Anordnung von Türöffnern, Bordsteinabsenkungen etc., für die im städtischen Haushalt eine Pauschalsumme bereitsteht. Am "Runden Tisch" werden die Prioritäten für die Umsetzung dieser Maßnahmen festgelegt. Neben der Festlegung von Programmen zur Durchführung von Verbesserungsvorschlägen an vorhandenen baulichen Anlagen besteht eine wichtige Aufgabe des "Runden Tisches" darin, die Planung von Neubau- oder größeren Umgestaltungsprojekten zu begleiten, um diese Projekte hinsichtlich der Zielsetzung "Barrierefreiheit" zu optimieren.

Die beiden „Runden Tische“ beschäftigen sich sowohl mit Neugestaltungen/Neubauten als auch Umgestaltungen und Verbesserungen des Bestands. Von Seiten des Behindertenbeirates gibt es eine AG Bau und Verkehr, die an den Runden Tischen teilnimmt. Die AG Bau und Verkehr des Behindertenbeirats nimmt auch an Ortsterminen zur Besprechung von Umgestaltungen von Straßen, Wegen und Plätzen sowie Gebäuden teil.

Nadine Bernshausen

Bürgermeisterin

Kleine Anfrage Nr. 07

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. März 2022

Fragesteller*in:	Dr. Christa Perabo
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Kann der Magistrat dafür Sorge tragen, dass alle öffentlichen Fuß- und Radwege an Straßen (z.B. Deutschhausstraße, gegenüber der Elisabethkirche) und in Freizeitbereichen regelmäßig daraufhin überwacht werden, dass störende überhängende Zweige und Büsche, sowie Brennnessel, Rosensträucher und andere hochwachsende Pflanzen zurückgeschnitten bzw. beseitigt werden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 32 - Gefahrenabwehr und Gewerbe
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Optimierung der Sicherheit und Sauberkeit der Radwege ist ein wichtiges Anliegen. Daher haben sich die zuständigen Fachdienste gemeinsam mit dem Dienstleistungsbetrieb Marburg (DBM) bereits letztes Jahr für die Einführung einer regelmäßigen Streckenkontrolle aller Radwege eingesetzt.

Ein „Radwegkümmerer“, ausgestattet mit einem elektrisch angetriebenen Safety-Car der Firma Kyburz (siehe Foto), wird zukünftig ausschließlich für den Pflegezustand von Rad- und Fußwegen zuständig sein. Selbst eine ggf. tägliche Inspektion besonders frequentierter Bereiche könnte so realisiert werden.

Der „Radwegkümmerer“ wird sich um viele Belange wie z.B. Rückschnitt, Reinigung, Müll oder Beschädigungen direkt kümmern und im Bedarfsfall an die zuständigen Fachdienste weitergeben können.

Das Elektro-Fahrzeug wird am 17.03.2022 an den DBM übergeben.



Dr. Thomas Spies

Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 08

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. März 2022

Fragesteller*in:	Inge Sturm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Die Untere Naturschutzbehörde der Stadt Marburg begann bereits vor einigen Jahren mit Vorarbeiten, um die naturschutzfachlich hochwertigen Bereiche zwischen Ockershausen und dem Stadtwald (unter Einschluss des Heiligen Grundes) als Landschaftsschutzgebiet auszuweisen. Die geplante neue Wohnbebauung am Hasenkopf unterstreicht die Sinnhaftigkeit einer Ausweisung.

Vor diesem Hintergrund wird gefragt: Wie ist der Stand der Arbeiten - warum unterblieb die Ausweisung bisher ungeachtet der bereits getätigten Vorarbeiten?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 69 - Umwelt-, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Die Zuständigkeit für die Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten (LSG) liegt bei der Oberen Naturschutzbehörde (vgl. § 12 Abs. 2 HAGBNatSchG). Diese ist beim Regierungspräsidium in Gießen angesiedelt.

Nach Auskunft der Oberen Naturschutzbehörde plant diese nicht die Ausweisung der naturschutzfachlich wertvollen Bereiche in Ockershausen als LSG. In einem Schreiben aus 2020 betonte sie, dass dieses nicht erforderlich ist, da u.a. die wertvollen Heckenstrukturen bereits auf Grund § 30 BNatSchG geschützt sind. Mit der letzten Änderung des BNatSchG vom 18.08.2021 sind die Streuobstwiesen des Heiligen Grundes ebenfalls durch § 30 BNatSchG gesetzlich geschützt.

Darüber hinaus sind in den 80er Jahren Bestrebungen der Unteren Naturschutzbehörde, den Heiligen Grund als geschützten Landschaftsbestandteil (GLB) ausweisen zu lassen, an dem Widerstand der dortigen Flächeneigentümer*innen gescheitert. Derzeit funktioniert die freiwillige

Zusammenarbeit zwischen den Eigentümer*innen, den Naturschutzverbänden und der UNB gut, so dass eine Verschlechterung des naturschutzfachlich hochwertigen Zustandes des Heiligen Grundes vorerst nicht zu befürchten ist.

Wir werden bei der Oberen Naturschutzbehörde nachfragen, ob es angesichts der geplanten Veränderungen am Hasenkopf zu einer Neubewertung der 2020 gemachten Aussagen kommt.

Nadine Bernshausen

Bürgermeisterin

Kleine Anfrage Nr. 09

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. März 2022

Fragesteller*in:	Inge Sturm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Verfolgt die Stadt nach wie vor Pläne einer Inschutznahme des bezeichneten Gebietes (Frage Nr. 08) - und wann ist mit dem Beginn eines Ausweisungsverfahrens zu rechnen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 69 - Umwelt-, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Diese Frage wurde in der kleinen Anfrage Nr. 08 bereits erläutert. Im Folgenden noch einmal:

Die Zuständigkeit für die Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten (LSG) liegt bei der Oberen Naturschutzbehörde (vgl. § 12 Abs. 2 HAGBNatSchG). Diese ist beim Regierungspräsidium in Gießen angesiedelt.

Nach Auskunft der Oberen Naturschutzbehörde plant diese nicht die Ausweisung der natur-

schutzfachlich wertvollen Bereiche in Ockershausen als LSG. In einem Schreiben aus 2020 betonte sie, dass dieses nicht erforderlich ist, da u.a. die wertvollen Heckenstrukturen bereits auf Grund § 30 BNatSchG geschützt sind. Mit der letzten Änderung des BNatSchG vom 18.8.2021 sind die Streuobstwiesen des Heiligen Grundes ebenfalls durch § 30 BNatSchG gesetzlich geschützt.

Darüber hinaus sind in den 80er Jahren Bestrebungen der Unteren Naturschutzbehörde, den Heiligen Grund als geschützten Landschaftsbestandteil (GLB) ausweisen zu lassen, an dem Widerstand der dortigen Flächeneigentümer*innen gescheitert. Derzeit funktioniert die freiwillige Zusammenarbeit zwischen den Eigentümer*innen, den Naturschutzverbänden und der UNB gut, so dass eine Verschlechterung des naturschutzfachlich hochwertigen Zustandes des Heiligen Grundes vorerst nicht zu befürchten ist.

Wir werden bei der Oberen Naturschutzbehörde nachfragen, ob es angesichts der geplanten Veränderungen am Hasenkopf zu einer Neubewertung der 2020 gemachten Aussagen kommt.

Nadine Bernshausen

Bürgermeisterin

Kleine Anfrage Nr. 10

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. März 2022

Fragesteller*in:	Maik Schöniger
Fraktion / Partei:	Klimaliste Marburg

Sind die Vorranggebiete für Windenergie an den Standorten Bürgelner Gleichen (VRG 3129) und Lichter Küppel (VRG 3130) zur Zeit durch Hessen-Forst ausgeschrieben? Sollte die Stadt hier keine Erkenntnisse haben, wird der Magistrat gebeten, diese Information entsprechend bei Hessen-Forst oder dem zuständigen RP Gießen einzuholen.

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Zur Zeit ist für beide Vorranggebiete noch keine Ausschreibung durch Hessen-Forst erfolgt. Diese Auskunft ist auf Nachfrage vom zuständigen Forstamt Kirchhain mitgeteilt worden.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 11

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. März 2022

Fragesteller*in:	Maik Schöniger
Fraktion / Partei:	Klimaliste Marburg

Hat die Stadt Marburg oder eine ihrer Tochtergesellschaften (insbesondere die Stadtwerke Marburg) ein Nutzungsrecht in den bestehenden Vorranggebieten für Windkraft Bürgelner Gleichen (VRG 3129) und Lichter Küppel (VRG 3130) und wenn das nicht der Fall ist, sind die Besitzverhältnisse in diesen Bereichen bekannt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Nach unserem Kenntnisstand existiert kein Nutzungsrecht im Bereich der beiden Vorranggebiete. Als in 2014 die Stadtwerke Marburg im Vorranggebiet Lichter Küppel Windkraftanlagen aufstellen wollten, ist über einen solchen Vorvertrag nichts bekannt gewesen.

Beide Bereiche befinden sich im Staatsforst und somit im Eigentum des Landes Hessen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 12

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. März 2022

Fragesteller*in:	Michael Selinka
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Im Ortsbeirat in der Marbach hat die Leiterin der Stadtplanung öffentlich berichtet, dass am Oberen Rotenberg ca. 70 Wohnungen errichtet werden sollen. Dies sind deutlich mehr als die bisher kommunizierten 35-40 Wohnungen. Bitte erläutern Sie das Zustandekommen dieses Zuwachses. Gibt es eine Erhöhung der Gebäude oder eine Vergrößerung der Bebauungsfläche?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Im Stadtverordnetenbeschluss zum Wohnungsbau im Marburger Westen (VO/6502/2018) und im Aufstellungsbeschluss zum Wohnquartier Oberer Rotenberg (VO7012/2019) ist von 30-40 Wohneinheiten die Rede. Diese Größenordnung war ein flächenbezogener Annäherungswert, da zu diesen Zeitpunkten noch kein städtebaulicher Entwurf vorlag.

Von Anfang an waren für diesen Bereich neben der Errichtung eines Lebensmittelmarktes Mehrfamilienhäuser mit bis zu 3 Geschossen vorgesehen. Bei der Erarbeitung des städtebaulichen Entwurfes wird vor dem Hintergrund des Klimanotstandbeschlusses großer Wert auf einen sparsamen Umgang mit der zur Verfügung stehenden Ressource Boden gelegt. Daher soll eine verdichtete Bauweise mit qualitativ hochwertigen Freibereichen realisiert werden.

Der "Wernergruppe" ist es nach aktuellen Informationen möglich, eine weitere Fläche innerhalb des Plangebietes als Ergänzung des geplanten Wohngebietes (geförderter Wohnungsbau, gemeinschaftliche Wohnprojekte) zu erwerben, so dass weitere Wohngebäude realisiert werden können.

Durch die beiden genannten Gründe erhöht sich die Anzahl der bisher genannten 30-40 Wohneinheiten. Wieviel Wohneinheiten tatsächlich realisiert werden können, kann erst nach dem Vorliegen eines abgestimmten städtebaulichen Entwurfes quantifiziert werden.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 13

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. März 2022

Fragesteller*in:	Michael Selinka
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Die Leckage des Wasserbands in der Ketzerbach hat zu einem erheblichen und langanhaltenden Wasserverlust geführt. Die Annahme, dass das Wasser einfach direkt nach unten in das Erdreich versickerte, ist fragwürdig. Können sie erklären, wohin diese Wassermassen geflossen sind? Sind Schäden am Straßenaufbau oder an den Gebäuden rechts und links des Wasserbands festgestellt worden oder können diese antizipiert werden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 65 - Hochbau
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Der komplette Bereich der Ketzerbach und des Wasserbandes als Teil der blauen Infrastruktur in Marburg wurde im Zuge der damaligen umfassenden Erneuerungsmaßnahme fachgerecht aufgebaut mit entsprechenden Frostschutz- und Tragschichten aus Schottermaterial. Diese Volumina sind geeignet, eintretendes Wasser aufzunehmen und in den weiteren Untergrund abzuleiten. Der Weg, den das in 2019 versickerte Wasser genommen hat, ist derzeit nicht im Detail nachvollziehbar. An den Wasserbändern selbst sind kleinere Setzungen erkennbar. Ob diese mit dem Wasserverlust in Zusammenhang stehen, kann nicht belegt werden. Beim Öffnen des Pflasterbelages und Ausbau der defekten unteren und mittleren Rinne einschließlich Abbruch des umlaufenden Betonmantels und Reparatur der Anschlussleitungen wurden keine Unterspülungen festgestellt. Das weitere Umfeld aus Straßen und Gehwegen ist unauffällig. Schäden an Häusern sind nicht bekannt. Der Fachdienst Tiefbau wurde in diese Maßnahme einbezogen, da die betroffenen Bereiche an den Straßenbelag angrenzen.

Wir werden über den Fachdienst Tiefbau zusätzlich mit einem Geotechnikbüro Kontakt aufnehmen, um die Situation einzuschätzen und werden zu den Ergebnissen berichten.

Kirsten Dinnebier

Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 14

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. März 2022

Fragesteller*in:	Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Kann der Magistrat der Stadt Marburg bitte Auskunft erteilen, wieviele Verwaltungsaußenstellen es gibt und welche Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger angeboten werden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 34/36 Stadtbüro und Standesamt
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Es gibt 3 Verwaltungsaußenstellen des Stadtbüros in Cappel, Marbach und Wehrda. Dort kann man, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die gleichen Dienstleistungen erhalten, wie im Stadtbüro.

Dr. Thomas Spies

Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 15

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. März 2022

Fragesteller*in:	Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Kann der Magistrat der Stadt Marburg bitte Auskunft erteilen, welche Kenntnisse ihm zu Bauvorhaben in der Elsenhöhe vorliegen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 63 - Bauaufsicht
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

In der Elsenhöhe gibt es mehrere Bauvorhaben:

- Neubau eines Einfamilienwohnhauses, Elsenhöhe 6
- Abbruch eines Wohnhauses, Elsenhöhe 6
- Abbruch der Wohnbebauung, Elsenhöhe 2a
- Abbruch eines Teilgebäudes, Elsenhöhe 18
- Abbruch und Neubau Büro und Wohngebäude, Elsenhöhe 18
- Abbruch mehrerer Stall- und Lagergebäude, Elsenhöhe 18

Die ersten drei Bauanträge sind positiv beschieden. Die Bauanträge zur „Elsenhöhe 18“ sind wegen denkmalschutzrechtlicher und stadtplanerischer Abstimmungen mit der Bauherrschaft zurzeit auf ruhend gesetzt.

Nadine Bernshausen

Bürgermeisterin

Die kleinen Anfragen Nr. 16 und 17 werden wegen Abwesenheit des Fragestellers schriftlich beantwortet. Die Antworten sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Die Stadtverordnetenvorsteherin begrüßt die Vertreterinnen und Vertreter des 12. Kinder- und Jugendparlaments (KiJuPa) und ihre Teamerinnen.

Der Vorsitzende Elias Hescher sowie die stellvertretenden Vorsitzenden Johanna Wahl und Magdalena Hescher informieren die Anwesenden in ihrem Bericht über die Aktivitäten des KiJuPa´s im Jahr 2021, die aufgrund der Corona-Pandemie leider auch erheblich eingeschränkt waren. So musste die Wahl des 13. KiJuPa´s von März 2021 auf März 2022 verschoben werden. Herausgehoben wird das Projekt „Ensemble pour le climat“, mit dem das KiJuPa den mit 10.000 € dotierten Hessischen Partizipationspreis gewonnen hat.

Zum Abschluss geben die Vertreter*innen einen kurzen Einblick in die in diesem Jahr anstehenden Termine und Veranstaltungen und wünschen sich auch weiterhin eine Kommunikation auf Augenhöhe und die Möglichkeit mit zu entscheiden und mit zu gestalten.

Die Stadtverordnetenvorsteherin dankt für den Bericht und wünscht auch dem 13. KiJuPa viel Schwung und Erfolg bei seiner Arbeit.

zu 5 Wahl eines neuen stellv. Schriftführers*einer neuen stellv. Schriftführerin der Stadtverordnetenversammlung

VO/0593/2022

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Walz. Neben dem in der Vorlage aufgeführten Wahlvorschlag wurde keine weiteren Wahlvorschläge eingereicht. Der Ausschuss empfiehlt die Wahl in offener Abstimmung per Handzeichen vorzunehmen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft zur Wahl in offener Abstimmung auf.

Beschluss:

Frau Clara Easthill, Mitarbeiterin im Fachdienst Unterstützung kommunaler Gremien beim Magistrat der Universitätsstadt Marburg, wird zur stellvertretenden Schriftführerin für die Stadtverordnetenversammlung gewählt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 6 Wahl eines Vertreters / einer Vertreterin für den Vorstand
des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke (ZMW)**

VO/0624/2022

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Walz. Für die Wahl vorgeschlagen ist Frau Bürgermeisterin Nadine Bernshausen. Weitere Wahlvorschläge lagen dem Ausschuss nicht vor. Der Ausschuss empfiehlt die Wahl in offener Abstimmung per Handzeichen durchzuführen. Dagegen wird nicht gesprochen.

Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Neuwohner lässt über den Wahlvorschlag Nadine Bernshausen per Handzeichen abstimmen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt Frau Bürgermeisterin Nadine Bernshausen als Vertreterin der Universitätsstadt für den Vorstand des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke (ZMW).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 7 Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Marburg - Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes

VO/0567/2022

Die Wahl ist ebenfalls im Wahlvorbereitungsausschuss vorberaten worden. Es berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Walz. Neben dem in der Vorlage aufgeführten Wahlvorschlag wurden keine weiteren unterbreitet.

Der Ausschuss empfiehlt die Wahl in offener Abstimmung per Handzeichen durchzuführen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Die Stadtverordnetenvorsteher ruft zur Abstimmung per Handzeichen auf.

Beschluss:

Die Stadtverordnete Erika Lotz-Halilovic wird als stellv. Mitglied für die Gruppe der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung oder in der Jugendhilfe erfahrene Frauen und Männer in den Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Marburg gewählt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 8 Marburger Ortsrecht: I. Nachtrag zur Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte

VO/0510/2022

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Dem folgt die Stadtverordnetenversammlung und beschließt:

Beschluss:

Der vorliegende I. Nachtrag zur Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 9 Regionalplan Mittelhessen

Entwurf zur Beteiligung gemäß § 6 Abs. 2 und 3 Hessisches Landesplanungsgesetz (HLPG) i. V. mit § 9 Raumordnungsgesetz (ROG)

hier: Anregungen der Universitätsstadt Marburg zum Entwurf

VO/0585/2022

Für den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Heck. Die Vorlage wurde im Ausschuss wie folgt geändert:

Unter 5. Positionen und Anregungen

Vorranggebiete Siedlung Planung (Seite 6 der Vorlage):

Hier wird der 2. Absatz *„Für die Außenstadtteile insgesamt regen wir an, Regionale Grünzüge und/oder Vorranggebiete Landwirtschaft nicht bis unmittelbar an den jeweiligen Siedlungsrand darzustellen. Unsere Absicht ist es, kleineren Siedlungsarrondierungen (< 5 ha) mit dem Ziel des Erhalts sozialer Infrastrukturen auf Stadtteilebene zumindest potentiell eine Realisierungsmöglichkeit zu eröffnen.“* gestrichen.

(Seite 11 der Vorlage):

Nach dem 2. Absatz *„...Bahnanschluss zu bedenken.“* Wird folgender Absatz eingefügt:

Die Universitätsstadt Marburg regt zudem an, zur Verbesserung der Anbindung an den regionalen und überregionalen Schienenverkehr und damit zur Reduktion des motorisierten Individualverkehrs das stark frequentierte Gewerbegebiet Wehrda („Einkaufszentrum“) sowie den Stadtteil Gisselberg jeweils mit einem Bahn-Haltepunkt auszustatten. Für Gisselberg würde das zudem die verbesserte Anbindung des von uns angeregten erweiterten Gewerbegebiets bedeuten.“

Der so geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Zustimmung. Aussprache wurde angemeldet.

An der Aussprache beteiligen sich mit Redebeiträgen die Stadtverordneten Schmidt, Bauder-Wöhr, Lips, Jugel, Rink (SPD) und Oberbürgermeister Dr. Spies sowie die Stadtverordneten Seipp und Pfalz.

Nach Beendigung der Aussprache ruft die Stadtverordnetenvorsteherin die Vorlage in der geänderten Fassung zu Abstimmung auf.

Beschluss:

Die unter den Punkten 4 und 5 beschriebenen Ausführungen werden mit den o. g. Änderungen als Stellungnahme der Universitätsstadt Marburg zum Entwurf des Regionalplans 2020 der Oberen Landesplanungsbehörde übergeben. Der gesamtstädtischen Stellungnahme werden die (stadt-) teilräumlichen Stellungnahmen der Ortsbeiräte, einzelner Bürger*innen und Initiativen dem Planungsträger unkommentiert als Anlage beigelegt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg
Nein-Stimmen: CDU/FDP, Marburger Linke, AfD
Enthaltungen: keine

zu 10 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg

Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfs Nr. 18/17, 1. Änderung "Feuerwehrstützpunkt und Jugendfeuerwehrausbildungszentrum" im Stadtteil Cappel

VO/0588/2022

Für den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Heck. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen. Dem folgt die Stadtverordnetenversammlung und beschließt:

Beschluss:

Für die im Geltungsbereich des Bebauungsplanentwurfes Nr. 18/17, 1. Änderung "Feuerwehrstützpunkt und Jugendfeuerwehrausbildungszentrum" gelegenen Grundstücke Gemarkung Cappel, Flur 2, Flurstücke 161/6 und 163/3 (Gewerbegebiet und Erschließungsstraße), wird die gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) öffentliche Auslegung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 11 Dringlichkeitsanträge

keine

zu 12 Anträge des Kinder- und Jugendparlaments

zu 12.1 Antrag des KiJuPa betr. Fußgängersituation an der Ecke Deutschhausstraße/Bunsenstraße

VO/0440/2021

Für den Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation berichtet der Aus-

schussvorsitzende, Stadtverordneter Hussein. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, dem Antrag zuzustimmen.

Nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin beschließt die Stadtverordnetenversammlung wie folgt:

Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten, die Fußgängersituation an der Ecke Deutschhausstraße/Bunsenstraße (an der Elisabethkirche) zu überprüfen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 12.2 Antrag des KiJuPa betr. Errichtung einer weiteren Straßenlaterne in der Ockershäuser Allee

VO/0461/2021

Für den Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Hussein. Der Ausschuss empfiehlt auch diesem Antrag einstimmig die Annahme.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Ausschussempfehlung und beschließt:

Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten, die Errichtung einer weiteren Straßenlaterne in der Ockershäuser Allee zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/FDP, B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg

Nein-Stimmen: keine

Enthaltungen: AfD

zu 12.3 Antrag des KiJuPa betr. Parkverbot Höhenweg

VO/0560/2022

Von der Vorberatung im Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation berich-

tet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Hussein. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, dem Antrag zuzustimmen.

Nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin beschließt die Stadtverordnetenversammlung wie folgt:

Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten, ein Halte- bzw. Parkverbot im Höhenweg in der Kurve zum Holderstrauch zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/FDP, B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg

Nein-Stimmen: AfD

Enthaltungen: keine

zu 13 Anträge des Ausländerbeirats

zu 13.1 Antrag des Ausländerbeirates betr. Gründung eines Runden Tisches für Seelsorge für Migrant*innen

VO/0462/2021

Für den Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung berichtet die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Stadtverordnete Klusmann. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert. Der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss einstimmig zu Zustimmung.

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt den Antrag in der geänderten Fassung zur Abstimmung und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

Der Runde Tisch Integration wird darum gebeten, seinen Fokus auf das Thema psychologische Angebote von Migrant*innen zu erweitern und bei Bedarf ein Konzept für entsprechende Angebote zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/FDP, B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg

Nein-Stimmen: AfD
Enthaltungen: keine

**zu 13.2 Antrag des Ausländerbeirates betr. Ausweitung der Ganztagsplätze
in Kindertagesstätten
VO/0526/2022**

Der Antrag wurde im Rahmen der Vorberatung im Ausschuss zur Beratung und Stellungnahme an den Jugendhilfeausschuss verwiesen.

zu 14 Anträge der Fraktionen

**zu 14.1 Antrag des Stadtverordneten Götting betr. Klimavorbehalt
VO/0403/2021**

Für den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Energie berichtet die Ausschussvorsitzende, Stadtverordnete Messik. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert, der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenvorsterin stellt den Antrag in der geänderten Fassung zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat der Stadt Marburg berücksichtigen bei jeglichen Entscheidungen die Auswirkungen auf das Klima und bevorzugen Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken.

Seitens der Verwaltung werden alle Beschlussvorlagen durch eine formalisierte Betrachtung zu den Folgen und Wirkungen für das Klima ergänzt. Geeignete Kriterien hierfür sollen entwickelt und geprüft werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, AfD
Nein-Stimmen: CDU/FDP
Enthaltungen: keine

zu 14.2 Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Zeichen setzen als fahrradfreundlicher Arbeitgeber

VO/0463/2021

Für den Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Hussein. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert. Der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Zustimmung.

Nach Aufruf des Antrages in der geänderten Fassung beschließt die Stadtverordnetenversammlung wie folgt:

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, Maßnahmen, angelehnt an den dazugehörigen Maßnahmenkatalog des ADFC e.V., als „fahrradfreundlicher Arbeitgeber“ zu initiieren. Ein Konzept, die Handlungs- und Umsetzungsmaßnahmen und ein damit verbundener Budgetrahmen sollen in regelmäßigen Abständen dem Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 14.3 Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr. „Dog-Stationen“

VO/0464/2021

Von der Vorberatung des Antrages im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Energie berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Messik. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert. Der geänderte Fassung empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Annahme.

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt den Antrag in der geänderten Fassung zu Abstimmung und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, in Zusammenarbeit und nach Rücksprache mit den Ortsbeiräten der Stadt:

1. zunächst den Bestand bereits installierter Hundekotbeutel festzustellen und die entsprechende Standort-Karte auf der Homepage der Stadt Marburg zu aktualisieren.

2. den Bedarf an weiteren Hundekotbeutelstationen abzufragen und erste Schritte zu deren Installation vorzubereiten.

Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten, dafür Sorge zu tragen,

1. dass in Zusammenarbeit mit dem DBM die Hundekotbeutelstationen regelmäßig befüllt und die Mülleimer geleert werden.
2. dass der Informationsflyer, den Hundehalter bei der Anmeldung ihres Hundes erhalten, überarbeitet wird, indem explizit auf die Standorte, die bestehende Problematik im Hinblick auf landwirtschaftliche Flächen sowie die Möglichkeiten der Entsorgung der „Hinterlassenschaften“ der Hunde hingewiesen wird.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 14.4 Antrag der BfM betr. interkommunale Kooperation mit der Gemeinde

Lahntal

VO/0487/2022

Für den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Heck. Auch dieser Antrag wurde im Rahmen der Vorberatung geändert. Der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss einstimmig zuzustimmen.

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, mit den Vertreterinnen und Vertretern der an Marburg angrenzenden Nachbargemeinden Möglichkeiten zu ermitteln, inwieweit über interkommunale Kooperationen gemeinsam attraktive Gewerbegebiete entwickelt werden können. Dabei müssen aber die sozialen und ökologischen Standards der Universitätsstadt Marburg, die sich die Koalition gegeben hat, berücksichtigt werden. Ebenso soll geprüft werden, wie wir gemeinsame Wohngebiete entwickeln können. Gerade hier müssen aber die in Marburg erarbeiteten Standards für ökologisches Bauen ebenso wie die Prinzipien moderner Verkehrsgestaltung eingehalten werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 14.5 Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr.: Anzahl der Schwimmkurse für
Kinder im Aquamar erhöhen**

VO/0517/2022

Für den Ausschuss für Bildung, Kinder und Jugend, Kultur und Sport berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Weidemann. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich, den Antrag abzulehnen. Dem folgt die Stadtverordnetenversammlung und beschließt:

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/FDP, AfD

Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg

Enthaltungen: Marburger Linke

zu 14.6 Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Homepage www.marburg.de

VO/0518/2022

Der Antrag wurde im Ausschuss durch die antragstellende Fraktion zurückgestellt.

zu 14.7 Antrag der CDU/FDP Fraktion betr. Marburg App

VO/0520/2022

Der Antrag wurde im Ausschuss durch die Antragstellerin zurückgestellt.

**zu 14.8 Antrag der AfD betr. Wiedereröffnung bedeutender Bauwerke und
Museen in Marburg**

VO/0521/2022

Für den Ausschuss für Bildung, Kinder und Jugend, Kultur und Sport berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Weidemann. Der Ausschuss empfiehlt dem Antrag mehrheitlich die Ablehnung.

Nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin beschließt die Stadtverordnetenversammlung wie folgt:

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: AfD

Nein-Stimmen: CDU/FDP, B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg

Enthaltungen: keine

zu 14.9 Antrag der Fraktion Marburger Linke, der Piratenpartei und des StV.

Göttling betr. Schutz der Lahnauen

VO/0524/2022

Der Antrag wurde im Rahmen der Feststellung der Tagesordnung (siehe TOP 1) per Geschäftsordnungsantrag für erledigt erklärt.

zu 14.10 Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Luftreinigungsgeräte der Eltern-

schaft in Schulen

VO/0530/2022

Für den Ausschuss für Bildung, Kinder und Jugend, Kultur und Sport berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Weidemann. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich den Antrag abzulehnen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Empfehlung des Ausschusses und beschließt:

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/FDP, AfD

Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, DPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg

Enthaltungen: keine

zu **Antrag des StV Götting betr. Schutz der Lahnauen beim Hafenfest**

14.11 2022

VO/0535/2022

Für den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Energie berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Messik. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert. Der geänderte Fassung empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Zustimmung. Dem folgt die Stadtverordnetenversammlung nach Aufruf zur Abstimmung und beschließt:

Beschluss:

1. Das Bodengefüge der Lahnwiesen darf nicht mehr nachhaltig geschädigt werden - die Stadt Marburg entwirft ein Konzept, wie das Hafenfest oder andere Veranstaltungen spätestens ab 2023 in der Innenstadt ohne schädigende Eingriffe in die Lahnwiesen erfolgen kann. Dabei soll eine Nutzung durch schwere Fahrgeschäfte so weit wie möglich vermieden werden.
2. Die Stadt Marburg prüft zudem, ob Maßnahmen möglich sind, die Lahnwiesen ökologisch aufzuwerten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Freizeitnutzung weiter möglich ist.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu **Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Energiekostenzu-**

14.12 schuss/Inflationsausgleich für Stadtpassinhaber*innen

VO/0541/2022

Für den Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung berichtet die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Stadtverordnete Klusmann. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert. Der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Zustimmung. Aussprache wurde angemeldet. An dieser beteiligen sich die Stadtverordneten Sánchez Arvelo, Knaack, Lotz-Halilovic, Rink (B90/Die Grünen) und Stadträtin Dinnebier.

Nach Beendigung der Aussprache stellt die Stadtverordnetenvorsteherin den Antrag in der

geänderten Fassung zur Abstimmung und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten zu prüfen, inwiefern Haushalten von Stadtpassinhaber*innen eine Unterstützung bei den steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten gewährt werden kann, ohne dass dies auf Transferleistungen angerechnet wird. Dabei ist eine Vereinbarung mit dem angekündigten Gesetz der Bundesregierung zum Energiekostenzuschuss für Transferleistungsempfänger*innen zu prüfen.

Die Stadtwerke Marburg werden außerdem beauftragt im Falle einer Nicht-Zahlung Stromsperren bis auf weiteres auszusetzen sowie diesbezüglich eine Beratung der Kund*innen anzubieten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg

Nein-Stimmen: Marburger Linke

Enthaltungen: CDU/FDP, AfD

zu Antrag der CDU/FDP Fraktion betr. Lichtverschmutzung

14.13 VO/0544/2022

Von der Vorberatung des Antrages im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Energie berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Messik. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme des Antrages. Dem folgt die Stadtverordnetenversammlung nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin und beschließt:

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten gemeinsam mit den Behring Nachfolgefirmen im Gebiet Görzhauser Hof ein Konzept zum nachhaltigen Umgang mit funktionalem und gestalterischem Licht in den Außenbereichen des Werksgeländes zu entwickeln und eine Überprüfung der Innen- und Außenbeleuchtungen durchzuführen, um dem zunehmenden Problem der Lichtverschmutzung entgegenzuwirken. Der Ortsbeirat Michelbach und die AG Görzhausen sind dabei einzubinden. Einige Ideen finden sich schon im „Positionspapier des Ortsbeirats Michelbach zum Standort Görzhausen“, welches im August 2021 veröffentlicht wurde.

Dabei sollen insbesondere:

- Gebäude auf ihre Art der Außen- und Innenbeleuchtung auf die jeweilige Zielgerichtetheit

hinsichtlich Bedarfs, Dauer und Streuung überprüft und ggfs. optimiert werden.

- Straßen- und Parkplatzbeleuchtungen auf die jeweilige Zielgerichtetheit hinsichtlich Bedarfs, Dauer und Streuung überprüft und ggfs. optimiert werden.
- Abschirmmöglichkeiten zum Beispiel durch gezielte Bepflanzungen zwischen Firmengelände und Michelbach geprüft und wenn möglich baldmöglichst geschaffen werden.
- Umgehend Prüfungen und Bewertungen erfolgen, ob alle Lichter nachts und an Wochenenden unbedingt an sein müssen (Parkplätze und Gebäude sowohl im Bestand als auch während der Bau - Entstehungsphase).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen, SPD und Klimaliste Marburg

14.14 betr. Verschotterung

VO/0546/2022

Der Antrag ist ebenfalls im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Energie vorberaten worden. Es berichtet die Ausschussvorsitzende, Stadtverordnete Messik. Im Ausschuss wurde getrennte Abstimmung der Absätze beantragt. Den Absätzen 1, 3 und 4 empfiehlt der Ausschuss einstimmig, dem Absatz 2 mehrheitlich die Annahme.

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft die Absätze 1 bis 4 getrennt zur Abstimmung auf und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

1. Die Stadt Marburg spricht sich aus Gründen des Klimaschutzes und der Biodiversität dafür aus, dass private Gärten und öffentliche Grünflächen, Parks und Grünanlagen inklusiv verkehrlicher Anlagen insektenfreundlich bepflanzt und gestaltet werden. Dazu gehören eine seltenere Mahd mit Aussparungen, die Toleranz und Einbeziehung von Wildpflanzen, der Einsatz von Regiosaatgut und heimischen Gehölzen sowie der Erhalt von Kleinstrukturen und ein sparsamerer Gehölzschnitt. Gleichzeitig spricht sich die Stadt Marburg für ein sogenanntes Verschotterungsverbot aus.
2. Der Magistrat wird aufgefordert über eine auf der Grundlage des § 91 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1

und Nr. 5 der Hessischen Bauordnung (HBO) zu erlassende Satzung zu regeln, dass die nicht überbauten Flächen der bebauten Grundstücke wasserdurchlässig zu belassen oder herzustellen sowie naturverbunden zu begrünen oder zu bepflanzen sind, soweit dem nicht die Erfordernisse einer anderen zulässigen Verwendung der Flächen entgegenstehen. Die Versickerung von Oberflächenwasser muss im Sinne eines rationellen Umgangs gewährleistet sein.

3. Der Magistrat wird aufgefordert, die Bevölkerung, insbesondere Neubürgerinnen und Neubürger in geeigneter Art und Weise über die Vorteile wasserdurchlässiger, bepflanzter und insektenfreundlich gestalteter Grünflächen und Gärten zu informieren.
4. Die Stadt Marburg legt auf eigenen oder von ihr unterhaltenen Flächen keine Schottergärten an und schließt mit entsprechenden Festsetzungen gemäß § 9 BauGB in neuen Bebauungsplänen weitere Verschotterungen bauplanerisch aus.

Abstimmungsergebnis zu Abs. 1:

einstimmig

Abstimmungsergebnis zu Abs. 2:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg

Nein-Stimmen: CDU/FDP, AfD

Enthaltungen: keine

Abstimmungsergebnis zu Abs. 3:

einstimmig

Abstimmungsergebnis zu Abs. 4:

einstimmig

zu Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen, SPD und Klimaliste Marburg

14.15 betr. Fahrradspur Bahnhofstraße

VO/0555/2022

Für den Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Hussein. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich, dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Empfehlung und beschließt:

Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird gebeten, die bestehende Fahrradverkehrsführung im Bereich Bahnhofsstraße/Elisabethstraße zu evaluieren. Hierbei soll insbesondere die bestehende Wegeführung im Bereich der Fußgänger*innenampel an der Kreuzung Robert-Koch-Str./Bahnhofstr. hinterfragt werden, etwa bezüglich einer durchgehenden Fahrradverkehrsführung in Richtung Hauptbahnhof – ohne bauliche Hindernisse und/oder Wegeführungen über Fußgänger*innenampeln.

Darüber hinaus soll darüber nachgedacht werden, wie die Situation in der Elisabethstr. im Bereich vor dem Drogeriemarkt für Radfahrer*innen sicherer und angenehmer gestaltet werden kann. Hierbei sind insbesondere die gezielte Installation von sog. „Bischofsmützen“ sowie eine Ausweitung der bereits bestehenden farbigen Markierung in Erwägung zu ziehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, AfD
Nein-Stimmen: CDU/FDP
Enthaltungen: keine

**zu Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen, SPD und Klimaliste Marburg
14.16 betr. Unterstützung der Reaktivierungsvorhaben Ohmtalbahn und
Aar-Salzböde-Bahn
VO/0556/2022**

Für den Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation berichtet er Vorsitzende, Stadtverordneter Hussein. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, dem Antrag zuzustimmen. Aussprache in Form eines Setzpunktes ist beantragt.

An der Aussprache beteiligen sich in Form von Redebeiträgen die Stadtverordneten Ramsaier, Sturm, Seipp und Womelsdorf. Anschließend stellt die Stadtverordnetenvorsteherin den Antrag zu Abstimmung.

Beschluss:

Die Marburger Stadtverordnetenversammlung unterstützt die Bemühungen zur Reaktivierung der Ohmtalbahn und der Aar-Salzböde-Bahn und solidarisiert sich mit anderen Unterstützer*innen der Vorhaben.

Im Zuge dessen wird der Magistrat auch gebeten zu prüfen, ob die Einrichtung weiterer Bahnhaltepunkte (wie etwa Gisselberg/Cappel, Marburg Mitte und Kaufpark Wehrda) sinnvolle Ergänzungen darstellen könnten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, CDU, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, AfD

Nein-Stimmen: keine

Enthaltungen: FDP

zu **Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr.: Corona-Prämie für aktive Mitglieder der Einsatzabteilungen und Jugendfeuerwehren der Freiwilligen Feuerwehr Marburg**

VO/0559/2022

Der Antrag wurde im Ausschuss durch die antragstellende Fraktion zurückgezogen.

zu **Antrag des StV. Göttling betr.: Keine Umsetzung der außerplanmäßigen RMV Fahrpreiserhöhung in Marburg - Umsetzung der Vereinbarungen im Koalitionsvertrag zum ÖPNV**

VO/0569/2022

Der Antrag wurde im Ausschuss zurückgestellt.

zu **Berichtsantrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Erkundungsbohrungen 14.19 „Heiliger Born“**

VO/0572/2022

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt den Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten über die Ergebnisse der Trinkwassererkundungsbohrungen der Stadtwerke Marburg GmbH in Schröck „Heiliger Born“ sowie über geplante Nachfolgebmaßnahmen schriftlich zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Schwimmbäder digital und kon-
14.20 taktlos bezahlen können
VO/0573/2022

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Antrag wurde im Ausschuss in einen Prüfantrag umgewandelt. Diesem empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Annahme.

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt den Antrag in der geänderten Fassung zu Abstimmung.

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, moderne digitale und kontaktlose Bezahlungsmöglichkeiten für die städtischen Bäder zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Fußgängerquerung Esels-
14.21 grund/K38
VO/0574/2022

Von der Vorberatung im Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Hussein. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert, der geänderten Fassung wird einstimmig die Annahme empfohlen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die geänderte Fassung des Antrages abstimmen.

Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird gebeten, sich beim Landkreis Marburg-Biedenkopf für eine Fußgängerquerung im Eselsgrund, Parkplatz/K38 zwischen den Stadtteilen Cappel und Moischt, einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/FDP, B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg

Nein-Stimmen: AfD

Enthaltungen: keine

zu Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Mahnmal Memoria für die 14.22 Opfer rassistischer Gewalt schützen

VO/0576/2022

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Dort wurde eine umfangreiche Änderung des Antrages eingebracht, die von der Antragstellerin übernommen wurde. Getrennte Abstimmung der Absätze 1 bis 3 wurde beantragt. Absatz 1 des geänderten Antrages empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Annahme, den Absätzen 2 und 3 mehrheitlich.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt analog dem Vorgehen im Ausschuss die Absätze 1 bis 3 des geänderten Antrages getrennt abstimmen und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt auf das Schärfste die wiederholte Beschädigung des Mahnmals „Memoria für alle Opfer rassistischer Gewalt in der Bundesrepublik seit 1992“ am Friedrichsplatz durch vermutlich rechtsextremistisch motivierten Vandalismus. Die Stadtverordneten bekräftigen erneut und nachdrücklich, dass das Klima der Toleranz, Vielfaltigkeit und Menschlichkeit weiterhin in Marburg zum Selbstverständnis der Stadt gehört.

Der Magistrat wird diese Haltung auch weiterhin verstärkt aktiv vertreten und bekannt geben.

2. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Magistrat darin, das Mahnmal zu schützen und gemeinsam einen zentral im Stadtgebiet gelegenen Standort zu finden, der dem Charakter des Mahnmals gerecht wird und somit dem Gedenken einen deutlich sichtbaren Ort im Stadtraum ermöglicht. Der genaue Standort des Mahnmals ist im Dialog mit den Initiator*innen abzustimmen. Bis ein neuer Standort gefunden ist, soll das Mahnmal an seinem jetzigen Standort verbleiben.
3. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt die auch vom Magistrat gegenüber den

Justizbehörden vertretene Auffassung, dass an der Verfolgung der Beschädigung des Mahnmals ein öffentliches Interesse besteht und dass deshalb die Staatsanwaltschaft aus eigener Zuständigkeit tätig werden muss, um eine Bestrafung der Täter*innen sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis zu Abs. 1:

einstimmig

Abstimmungsergebnis zu Abs. 2:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg

Nein-Stimmen: CDU/FDP, AfD

Enthaltungen: keine

Abstimmungsergebnis zu Abs. 3:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg

Nein-Stimmen: CDU/FDP, AfD

Enthaltungen: keine

**zu Antrag der Fraktionen von SPD, B90/Die Grünen und Klimaliste Mar-
14.23 burg betr.: Feuerwehr und Elektromobilität
VO/0595/2022**

Die Stadtverordnetenvorsteher lässt über den Berichts Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wie die Feuerwehr Marburg auf Unfälle mit Elektrofahrzeugen vorbereitet ist und wie sie den Herausforderungen begegnen möchte.

Dabei soll u.a. in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf die Anschaffung eines sog. Löschcontainers / Abrollcontainers oder einer Firebox zur Brandbekämpfung bei Elektroautos in die Überlegungen einbezogen werden. Falls dies nicht als zielführend eingeschätzt wird, sollen andere Lösungsansätze für diese Fälle aufgezeigt werden.

Darüber hinaus werden die Aktiven der Marburger Feuerwehren darin unterstützt, sich regelmäßig durch Schulungen und Fortbildungen mit den Herausforderungen von Unfällen und Rettungseinsätzen unter Beteiligung von Elektrofahrzeugen auseinanderzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu Antrag der Fraktionen von SPD, B90/Die Grünen und Klimaliste Mar-
14.24 burg betr.: BOB-Leitungsmasten als Ladesäulen nutzen
VO/0596/2022

Für den Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Hussein. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig dem Antrag zuzustimmen. Dem folgt die Stadtverordnetenversammlung und beschließt:

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, die Stadtwerke prüfen zu lassen, ob und wie bei der Planung für die Stromtrassen und Leitungsmasten der O-Busstrecke eine zusätzliche Nutzung als Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge / E-Roller und / E-Bikes ermöglicht werden kann.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu Antrag der Fraktionen Klimaliste Marburg, B90/Die Grünen und SPD
14.25 betr. Lärmschutz B3a
VO/0597/2022

Der Antrag wurde im Ausschuss durch die Antragsteller zurückgestellt.

zu Antrag der Fraktionen Klimaliste Marburg, B90/Die Grünen und SPD
14.26 betr. Prüfantrag „Cost tool“
VO/0598/2022

Für den Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Hussein. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Ausschussempfehlung und beschließt:

Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg möge prüfen, welche finanziellen und personellen Ressourcen nötig wären, um das von der Universität Kassel entwickelte „Cost tool“ zu nutzen. Dieses Instrument dient der monetären Abschätzung externer Kosten im Bereich Mobilität und soll der Verwaltung als Entscheidungshilfe bei geplanten Infrastrukturmaßnahmen dienen. Zudem ermöglicht es ein Monitoring bezüglich der monetären Aufwendungen in den verschiedenen Verkehrsbereichen im Kontext politisch getroffener Entscheidungen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu Antrag der Fraktionen von B90/Die Grünen, SPD und Klimaliste Mar-
14.27 burg betr. Grünanforderung für Radfahrer*innen
VO/0599/2022

Auch dieser Antrag ist im Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation vorberaten worden. Es berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Hussein. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme des Antrages.

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt den Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt sicherzustellen, dass sämtliche Ampeln mit Grünanforderung im Marburger Stadtgebiet auf Fahrradfahrer*innen reagieren. Wo dies noch nicht der Fall ist, sollen diese Ampeln so schnell wie möglich umgebaut werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/FDP, B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg
Nein-Stimmen: AfD
Enthaltungen: keine

zu Antrag der Fraktionen von Klimaliste Marburg, SPD und B90/Die
14.28 Grünen betr.: Strukturen einer Klima-Governance für Marburg
VO/0613/2022

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Antrag wurde im Ausschuss in einen Prüfantrag umgewandelt. Diesem empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Annahme.

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt den Antrag in der geänderten Fassung zu Abstimmung.

Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird beauftragt, einen Vorschlag für die Umsetzung von Strukturen einer Klima-Governance zur Erreichung des Ziels der Klimaneutralität 2030 zu erarbeiten. Der Vorschlag wird mit Bürger*innen-Beteiligung erarbeitet.

Mit der Einrichtung von Strukturen eines Klima-Governance sollen folgende Ziele erreicht werden:

- Fortführung der Bürger*innen-Beteiligung an der gemeinsamen Weiterentwicklung des Klimaaktionsplans
- Einbeziehung der Zivilgesellschaft in Planung und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen
- Integration wissenschaftlicher und umsetzungsorientierter Expertise zu Klimathemen
- Sachlicher Austausch aller für die Transformation zur Klimaneutralität wichtigen Akteure in Marburg über Informationen und Perspektiven und Ideen
- Beratung der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats in wichtigen klimapolitischen Fragen
- Aktivierung der Stadtgesellschaft und Stärkung der Eigeninitiative der Marburger*innen durch Förderung von Maßnahmen, Initiativen und Umsetzungsbeiträgen der Einwohner*innen auf dem Weg zum klimaneutralen Marburg.

Die Ausgestaltung der Strukturen des Klimarates hinsichtlich seiner Aufgaben, seiner Zusammensetzung sowie seiner Organisations- und Arbeitsweise (z.B. Themenwerkstätten) sollen auf der Grundlage eines Vorschlags der Verwaltung gemeinsam mit Bürger*innen, wichtigen Akteuren der Zivilgesellschaft und Stadtverordneten im Rahmen eines Workshops entwickelt werden.

Bei der Entwicklung von Klima-Governance-Strukturen sollen Erfahrungen anderer Kommunen und auf Bundesebene sowie die Expertise des Deutsch-Französische Zukunftswerks und dessen Studie „Kollaborative Klima Governance in Marburg: Chancen und Hemmnisse auf dem Weg zur Klimaneutralität“ des Zukunftswerks berücksichtigt werden (VO/0313/2021).

Ein Vorschlag zu den Klima-Governance-Strukturen soll im dritten Quartal 2022 zur Beratung und Entscheidung in der Stadtverordnetenversammlung vorliegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg

Nein-Stimmen: CDU/FDP, AfD

Enthaltungen: keine

zu 15 Kenntnisnahmen

zu 15.1 Bericht zum Antrag des Stadtverordneten Göttling betr. Bereitstellung nichtkommerzieller Eislaufflächen

VO/0412/2021-2

Beschluss:

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 15.2 Sachstandsbericht Quotenregelung für den geförderten Wohnungsbau

VO/0483/2022

Beschluss:

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

zu 15.3 Beteiligungsrichtlinien der Universitätsstadt Marburg - Aktualisierung

VO/0600/2022

Beschluss:

Die Beteiligungsrichtlinien der Universitätsstadt Marburg werden in der aktualisierten Fassung beschlossen.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung abgearbeitet. Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Neuwohner dankt den Teilnehmenden und schließt die Sitzung um 21:25 Uhr.

Marburg, 05.04.2022

Vorsitz:

Protokoll:

Dr. Elke Neuwohner

Lothar Sprenger

Anlagen

Antworten auf die kleinen Anfragen Nr. 16 und 17

Kleine Anfrage Nr. 16

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. März 2022

Fragesteller*in:	Jan Schalauske
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Am 29.01.2021 beschloss die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg „Der Karl-Theodor-Bleek-Platz wird in Hildegard-Hamm-Brücher-Platz sowie der Karl-Theodor-Bleek-Steg in Hildegard-Hamm-Brücher-Steg umbenannt.“ (VO/7809/2021) Wann wird die entsprechende Beschilderung vorgenommen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 10 - Organisation
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 29.01.2021 wurden neben der Umbenennung des Karl-Theodor-Bleek-Platzes bzw. -steges in Hildegard-Hamm-Brücher-Platz bzw. -steg weitere vier Straßenbenennungen bzw. -umbenennungen beschlossen.

Zwei der (Um-)Benennungen wurden bereits vollzogen: Am 25.03.2021 wurde der zur Waggonhalle führende, bis dahin unbenannte Weg in Mansaley-Kobba-Weg benannt sowie am 22.06.2021 die Umbenennung des Teilstückes des Konrad-Baier-Weges in Werner-Karry-Weg durchgeführt.

Der eigentliche Vollzug der Umbenennungen, d. h. der bloße Austausch der Straßenschilder in Verbindung mit einer öffentlichen Bekanntmachung, kann dem Grunde nach schnell und ohne nennenswerten Aufwand durchgeführt werden. Um jedoch die bei den Straßenbenennungen bzw. -umbenennungen zu ehrenden Personen angemessen zu würdigen, werden die Veranstaltungen in der Universitätsstadt Marburg in einem entsprechenden Rahmen durchgeführt, zu denen in der Regel auch die Familie, die Initiator*innen der (Um-)Benennungen, ggf. Redner*innen sowie andere Personen eingeladen werden, die in einem Verhältnis mit den zu Ehrenden gestanden haben.

Die Umbenennung des Karl-Theodor-Bleek-Platzes bzw. -steges war seitens des Magistrats eigentlich für 2021 angedacht, konnte jedoch mangels terminlicher Übereinstimmung mit den für

die Veranstaltung vorgesehenen Gästen nicht durchgeführt werden. Die noch ausstehenden (Um-)Benennungen sollen im Sommer 2022 vorgenommen werden.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 17

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. März 2022

Fragesteller*in:	Jan Schalauske
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Am 01.09.2021, dem Antikriegstag, wurde die Gedenkinstallation „Verblendung“ im Schülerpark als Ergebnis einer langjährigen Auseinandersetzung mit der Geschichte des Militarismus in Marburg und eines auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung initiierten und vom Magistrat vorbildlich realisierten Kunstwettbewerbs im Rahmen einer sehr gelungenen Veranstaltung der Stadt eingeweiht. Plant der Magistrat weitere Aktivitäten, um zu einer weiteren Auseinandersetzung mit dem Kunstwerk und der Geschichte des Militarismus anzuregen, z.B. durch Kooperationen mit Schulen, Berücksichtigung bei Stadtführungen, Einbindung in das Programm „Marburg 800“?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 41 - Kultur
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Universitätsstadt Marburg hat mit der Gedenkinstallation „Verblendung“ erstmalig einen Ort geschaffen, der durch die Konfrontation von zwei Denkmälern und die dadurch entstehende Spannung dazu auffordert, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen. So fand beispielsweise die Eröffnung der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2022 bewusst an diesem Ort statt. Geprüft wird, ob die Gesamtinstallation noch um eine Informationstafel oder eine digitale Erläuterung mit QR-Code vor Ort ergänzt werden kann, in der auch auf die Marburger Stadtschrift Nr. 101: „Zur Geschichte der Marburger Jäger“ sowie insbesondere auf die Überlegungen zum Wettbewerb für die Gedenkinstallation „Verblendung“ hingewiesen wird.

Im Übrigen zeichnet sich die besondere Kulturlandschaft der Stadt dadurch aus, dass das Kulturprogramm bzw. Angebote zur kulturellen und politischer Bildung in ihrer Mehrzahl nicht von der Universitätsstadt selbst, sondern von freien Kulturträgern und Initiativen angeboten werden. Das gilt auch für „Marburg 800“, dessen Programm sich überwiegend aus Angeboten aus der Stadtgesellschaft speist und dessen Planung bereits 2021 weitgehend abgeschlossen war.

In der 2. Hälfte des Jubiläumjahres sind im Rahmen von Marburg Erfinden allerdings eine mehrteilige partizipative Veranstaltungsreihe und ein Geschichtsforum zur Gedächtnis- und Er-

innerungskultur geplant: In diesem Rahmen könnte auch die „Verblendung“ eine Rolle spielen, sofern sich Fachkundige finden, die das Thema in Abstimmung mit dem Fachdienst Kultur inhaltlich vorbereiten und betreuen wollen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister